

10. Dez. 2008

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Themessl
und weiterer Abgeordneter

betreffend Ungleichbehandlung durch die Sozialversicherungsträger

Die jeweiligen Sozialversicherungsträger differenzieren hinsichtlich der Kostener-satzbeiträge in sachlich nicht gerechtfertigter Weise danach, ob Massageleistungen durch Physiotherapeuten oder Heilmasseure erbracht werden.

So bekommen Patienten, die Heilmassagen bei Heilmasseuren durchführen lassen, im Durchschnitt österreichweit etwa 2,- Euro ersetzt, hingegen wird seitens der Sozialversicherungsträger mehr als das achtfache für Massageleistungen, die durch Physiotherapeuten erbracht werden, ersetzt. Die jeweiligen Sozialversicherungs-träger vergüten sohin für identische Leistungen der Physiotherapeuten und der Heilmasseure unterschiedlich hohe Beträge.

Die Ungleichbehandlung verletzt daher den Gleichheitsgrundsatz. Darüber hinaus ist auch eine klare Wettbewerbsverzerrung festzustellen, da gleiche Leistungen von vergleichbaren Personengruppen unterschiedlich vergütet werden. Die öffentliche Hand - in diesem Fall die monopolartigen Sozialversicherungsträger - unterliegen ebenso den wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen. Sie sind im privatwirtschaftlichen Bereich ebenso an das Diskriminierungsverbot gebunden. Ein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot kann auch einen Verstoß gegen die Generalklausel des Lauterkeitsrechtes gem. § 1 (UWG) darstellen, weil zu befürchten ist, dass der Wettbewerb durch die öffentliche Hand gefördert wird, die Existenz einer Branche bzw. der Personengruppe der Heilmasseure bedroht und dadurch eine ernstliche Gefahr für den Bestand eines lebenden Wettbewerbs droht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

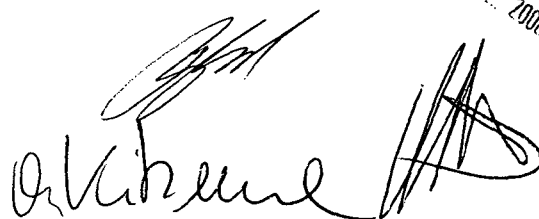
Der Nationalrat möge beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des derzeit zur Verhandlung stehenden Gesundheitspaketes auf die Sozialversicherungsträger einzuwirken, dass die unterschiedlichen Kostenersätze der einzelnen Gebietskrankenkassen angeglichen werden und im Besonderen auch der drastische Kostenersatzunterschied zwischen Physiotherapeuten und Heilmassageweisern angeglichen wird.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen







Wien
10. DEZ. 2008